



SPD-Haushaltsrede 2012

23.02.2012

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, verehrte Ratskollegen, meine Damen und Herren,

„Städte im Aufwind“ – so war es auf der Titelseite des Billerbecker Anzeigers vom 17. Februar diesen Jahres zu lesen. Also alles gut? Mitnichten!

Wer dann etwas genauer liest kann feststellen, dass von den 396 Gemeinden in NRW 150 keinen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen können. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache und führen vor Augen, in welcher Situation sich viele Kommunen befinden.

Wie sieht es in Billerbeck aus? Trotz einer für die Bürger schmerzhaften Erhöhung der Grundsteuern um 10 % im Vorjahr und erheblicher Sparmaßnahmen müssen wir auch in diesem Jahr einen defizitären Haushalt verabschieden, der einen Fehlbetrag von rund 1,6 Mio. € aufweist. Und dabei können wir noch froh sein, dass die Gewerbesteuererinnahmen im Vorjahr deutlich höher waren als erwartet. Doch davon bleiben der Stadt durch sinkende Schlüsselzuweisungen in den Folgejahren nur wenige Euro übrig. Die Belastungen durch rechtlich notwendige Umstrukturierungen beim Gemeindefinanzierungsgesetz, deren Umsetzung die vorherige schwarz-gelbe Landesregierung versäumt hat, kommen in 2011 und 2012 erschwerend hinzu. Besonders schwer wiegt aber unseres Erachtens die steigende Zahl neuer Aufgaben, die den Kommunen von Bundesseite aufs Auge gedrückt werden,

ohne dass eine Gegenfinanzierung gewährleistet ist. Hier liegt das Grundübel für das Finanzdesaster in der überwiegenden Mehrheit der Kommunen! Nicht vergessen werden darf allerdings, dass auch die Höhe der Kreisumlage problematisch ist. Schuldenabbau des Kreises auf Kosten der Kommunen, das geht gar nicht!

Kommunalpolitiker – gleich welcher Parteizugehörigkeit-, die ehrenamtlich viel Zeit und Energie im Einsatz für den Bürger aufbringen, fühlen sich häufig machtlos im Kampf gegen Windmühlenflügel. Das reine Zahlenwerk eines ausgepressten Haushalts gibt kaum noch Einsparmöglichkeiten, denn schließlich soll das Leben in Billerbeck für die Bürger auch noch lebenswert sein und bleiben. Ein Kaputtsparen hilft letztendlich keinem. Dennoch ist es unsere Aufgabe konstruktiv nach vorne zu schauen, denn es kann nicht angehen, dass wir fortwährend auf die allgemeine Ausgleichsrücklage zurückgreifen. Damit leben wir nicht nur vom Bestand, sondern insbesondere auf Kosten unserer nachfolgenden Generationen.

Daher möchte die SPD-Fraktion im Rat der Stadt die aus unserer Sicht richtige Möglichkeit wählen und die Einnahmeseite verbessern. Wir haben aus diesem Grund die Erhebung einer Bettensteuer von mindestens 1,50 Euro pro Übernachtung in die Haushaltsdebatte eingebracht. Durch diese Maßnahme würden der Stadt jährlich etwa 100.000 € ohne Abstriche zufließen. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, dass die Stadt Köln mit der Einführung einer Bettensteuer von 5 % jährlich 17 Mio. Steuermehreinnahmen verzeichnet. Mit diesem Prozentsatz wird die berechtigterweise stark kritisierte Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Übernachtungen, die durch die schwarz-gelbe Bundesregierung umgesetzt wurde, in diesem Segment abgeschöpft. Aus unserer Sicht handelt es sich hier um einen absolut berechtigten Ausgleich für städtische Investitionen in die Tourismusförderung. Nachdem die Bettensteuer im Dezember letzten Jahres durch das Verwaltungsgericht Düsseldorf als rechtmäßig abgesegnet wurde, gibt es auch in dieser Hinsicht keinen Grund für eine Ablehnung wie bei den Haushaltsberatungen in 2011. Wir appellieren daher insbesondere an die CDU-Mehrheitsfraktion, diese Maßnahme entsprechend mitzutragen. Dass sie bei sinnvollen Initiativen durchaus die Fähigkeit zum Umdenken besitzen, haben Sie ja in Billerbeck und auch im Land im Rahmen der Schulpolitik bewiesen. Selbst CDU Bundespolitiker –das muss man einfach anerkennen- sind lernfähig geworden...Man denke nur an den

Richtungswechsel in der Atompolitik oder den sich derzeit abzeichnenden Wechsel im Rahmen der Steuerung von Stallbauten der Massentierhaltung. Hier soll lt. einer dpa-Pressemitteilung v. 14.02.2012 bei gewerblichen Anlagen, für die wegen der großen Tierzahl eine Umweltverträglichkeitsprüfung Pflicht ist, künftig eigens ein Bebauungsplan erforderlich werden. Und weiter heißt es „Ein Sprecher von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner bestätigte auf Anfrage: «Unser Ziel ist es, dass die Kommunen die Möglichkeit bekommen sollen, den Bau großer gewerblicher Tierhaltungsanlagen zu steuern und wo nötig zu begrenzen.» . Das ist eine mehr als positive Entwicklung –gerade für die stark gebeutelte Erholungsregion Billerbeck – und wir hoffen, dass die Umsetzung dieses Vorhabens zügig vorangeht. Dass der Bauernverband bereits ankündigte, sich gegen Eingriffe ins Baurecht «mit Zähnen und Klauen» zu verteidigen, war zu erwarten. Auch der Fakt, dass Billerbecker Gewerbetreibende im landwirtschaftlichen Bereich schnell noch vor einer entsprechenden Veränderung –und evtl. auch vor möglichen Veränderungen der Mehrheitsverhältnisse bei der Bundestagswahl 2013- durch neue Ställe Fakten schaffen wollen, spricht Bände. Hier haben unserer Meinung nach die Gesundheit und das Wohlergehen der Bevölkerung deutlichen Vorrang gegenüber der Gewinnmaximierung einzelner Investoren. Der jüngste Antibiotika-Skandal im Zusammenhang mit der Massentierhaltung und der Nachweis entsprechender Belastungen des Fleisches dürfen in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Wir werden sehen, wie die Billerbecker Politik demnächst mit entsprechenden Anträgen umgeht. Aber – wie gesagt- auch in Reihen der CDU sind durchaus positive Lernprozesse möglich.

Lassen Sie mich im weiteren Zusammenhang noch kurz auf einen Leserbrief eingehen, der in der vergangenen Woche im BA (Ausgabe v. v 16.02.2012) zu lesen war. Darin sorgt sich der Autor sehr zu Recht um die Entwicklung unserer Innenstadt und führt diese Problematik auch darauf zurück, dass die hiesigen Kommunalpolitiker sich zu sehr partei- und nicht sachorientiert verhalten. Dazu kann ich nur sagen, dass die Innenstadtentwicklung allen im Rat vertretenen Politikern am Herzen liegt und wir gemeinsam mit der Stadtverwaltung konstruktiv daran arbeiten. Dass man dabei oft unterschiedliche Wege zur Erreichung des Ziels einschlagen will, ist naturbedingt und Teil des demokratischen Miteinander. Wer sich jedoch als Bürger mal die Mühe macht, als Zuschauer an Sitzungen im Rathaus teilzunehmen, wird feststellen, dass ca.

90 % der Entscheidungen einstimmig fallen. Ein gutes Beispiel dafür ist auch der SPD-Fraktionsantrag, Billerbeck zur energieautarken Kommune zu entwickeln. Bei dieser wichtigen Entscheidung geht es nicht nur um die Förderung erneuerbarer Energien, z.B. in Form von Bürgerenergiegenossenschaften, sondern auch um den sparsamen Umgang mit Ressourcen , d.h. das Nutzen von großen Energieeinsparpotentialen. Auch dieser Weg wird für Billerbeck gemeinsam beschritten...

Ein Wort in Richtung Verwaltung. Die SPD-Fraktion hat den Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit bereits in der Vergangenheit mehrfach angemahnt, zuletzt in der HFA-Sitzung v. 14.02.2012. An dieser Stelle, Frau Dirks, vermissen wir eindeutig mehr Engagement von Ihrer Seite als Bürgermeisterin. Die Aussage, dass ja alles schwierig und problematisch sei, reicht uns nichts aus. Viele Städte arbeiten –häufig aus der Not geboren- mittlerweile in weiten Bereichen zusammen, um dadurch Kosten zu senken. Ich glaube nicht, dass diese Kommunen sich das nicht gut überlegt und auch durchgerechnet haben. Wir sind der Meinung, dass zukünftig diesbezüglich in Billerbeck deutlich mehr getan werden muss. Die Verantwortung dieses voran zu treiben, liegt eindeutig bei Ihnen als Bürgermeisterin!

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2012 nicht zustimmen. Diese Entscheidung –das möchte ich ausdrücklich betonen- hat nichts mit der kompetenten und sachgerechten Aufstellung dieses Zahlenwerk durch den Kämmerer und seine Mitarbeiter zu tun. Dafür möchten wir an dieser Stelle ausdrücklich danken. Unsere Ablehnung ist eindeutig als Signal in Richtung Bundespolitik zu verstehen! Von dieser Seite darf man als redlicher Kommunalpolitiker mit Recht erwarten, dass die Handlungsfähigkeit für die Kommunen wieder hergestellt wird. Nur so macht kommunalpolitische Arbeit Sinn im Interesse des Bürgers und der nächsten Generationen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die SPD-Fraktion im Rat

Hans-Jürgen Dittrich

SPD-Fraktionsvorsitzender